

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
 Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
 Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Die Kartoffelfrage im Reichstag.

Wie wir schon in der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans berichtet haben, hat sich der Reichstag bereits wieder mit der brennend gewordenen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln beschäftigt. Diese Frage ist auch für unsere notleidenden Textilarbeiter von größter Bedeutung. Wir halten es darum für angebracht, die Ausführungen wörtlich wiederzugeben, die unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer im Reichstag gemacht hat. Sie lauten:

Nach den ausführlichen Darlegungen meiner Vorredner kann ich mich kürzer fassen. Ich will insbesondere vermeiden, auf Einzelheiten einzugehen. Ich möchte zunächst dem Gedanken entgegen treten, als ob wirklich eine so große und empfindliche

Kartoffelknappheit

vorhanden wäre, daß sie zu einer katastrophalen Kartoffelnot führen müßte. Gewiß ist die Ernte längst nicht so reichlich ausgefallen wie im Vorjahre. Allein die Ueberzeugung haben doch maßgebende Kenner unserer Volkswirtschaft und unserer Ernte-verhältnisse ausgesprochen, daß vollkommen genügende Mengen an Speisekartoffeln vorhanden sind, vorausgesetzt, daß sie für den menschlichen Genuß reserviert und durch eine gute Organisation und eine gute Preisordnung richtig verteilt werden. Wenn die Ergebnisse der Ernte durch eine gute Organisation, durch kräftige und, wenn es sein muß, rücksichtslose Maßnahmen gerecht verteilt werden, dann reichen wir aus. Über eine gerechte Verteilung ist neben anderem auch notwendig, und da denke ich daran, daß die ärmeren Volkskreise, die Arbeiter im allgemeinen, und besonders die Schwerarbeiter größere Quantitäten haben müssen als die besser situierten Kreise. Daran werden wir nicht vorbeikommen können.

Allerdings haben auch ungünstige Umstände zu der heutigen Kalamität geführt. Zunächst ist in der Tat die Ernte erheblich geringer als in guten Jahren; und nach Lage der Verhältnisse hätten wir gerade in diesem Jahre auch eine glänzende Kartoffelernte gut gebrauchen können. Daneben aber hat die Reichsgetreidebestelle im Juni und Juli ihre alten Getreidevorräte abgegeben und hat jetzt den sehr verständlichen Wunsch, den eisernen Bestand wieder rechtzeitig und gründlich zu erneuern. Infolgedessen sollen gerade in dieser Zeit unsere Landwirte Roggen, Weizen usw. ausdreschen, zumal es auch an Suppenartikeln fehlt, und die betreffenden Fabriken mit Material versorgt werden wollen. Ähnlich steht es mit Hafer. Hier macht sich die vorjährige schlechte Ernte noch besonders bemerkbar. Es sind bekanntlich Frühdruschprämien eingeführt, um die Lieferungen zu beschleunigen. Ganz genau so ist es auch mit der Gerste, die ja auch zu einem nicht unerheblichen Teile als Kaffeefasch gebraucht wird.

Die Landwirtschaft soll also jetzt Getreide aller Art, sie soll Kartoffeln liefern und endlich auch die Herbstbestellung erledigen. Das ist in der Tat etwas viel, was von ihr bei der Knappheit an Arbeitskräften, an Transportmitteln und bei den sonstigen Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden soll. Alle diese Schwierigkeiten erkennen wir, durchaus an und würdigen sie; wir gehen an diesen Tatsachen nicht vorüber. Aber noch weniger können wir an der anderen Tatsache vorübergehen, daß in sehr großen Kreisen unseres Volkes, namentlich in den großen Städten und Industriebezirken des Westens, eine außerordentlich empfindliche Kartoffelknappheit eingetreten ist.

Was der Abgeordnete Sachsse in dieser Beziehung über die

Verhältnisse im Industriegebiet

gesagt hat, muß ich unterstreichen. Er sprach von Gladbeck, das in meinem Wahlkreise liegt. Da sind die Verhältnisse in der letzten Zeit außerordentlich betrüblich gewesen. Aus Buer — gleichfalls in meinem Wahlkreise —, das in den letzten acht Tagen fast ständig wegen seiner Kartoffelversorgung einen

Vertreter in Berlin hatte, der auch in die in Betracht kommenden Lieferungskreise gereist ist und sich alle Mühe gegeben hat, läuft heute ein Telegramm ein: „Die Stadt Buer die ganze Woche keine Kartoffeln, trotz Brief — daß sie schon seit zwei Tagen ohne Kartoffeln war —; was machen?“ Ähnlich liegen die Dinge in Bochum, Gelsenkirchen usw. Meine Herren, die Stadt Essen hat auch eine sehr ernste Schilderung von dem gegeben, was sie hat durchmachen müssen. Es heißt dort — ich darf wohl einige Stellen verlesen —:

„Die Kartoffelversorgung der Stadt Essen scheint eine schlimme Wendung zu nehmen. Sie liegt anscheinend noch erheblich bedrohlicher wie im vorigen Jahre. Von der Vereinschaffung der Einteilware, die bereits Ende September beginnen sollte, ist bisher noch nichts zu spüren. 900.000 Zentner sind auf Grund städtischer Bezugsscheine angemeldet, meist auch schon bezahlt, ohne daß die Lieferung der verkauften Mengen bisher erfolgen konnte. Die persönlichen Ermittlungen in der Provinz Hannover, die auch Lieferungsbezirk ist, haben ergeben, daß die Zurückhaltung zwar zum Teil auf die Hinausschiebung der Ernte infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist, ein anderes wesentliches Moment ist jedoch darin zu finden, daß sich eine Unzufriedenheit über die seit dem 1. Oktober geltenden Höchstpreise von 4 Mark pro Zentner bemerkbar macht. Bei den Landwirten scheint vielfach die Anschauung Platz zu greifen, daß eine Erhöhung des Preises doch noch erfolgen werde.“

In der Weise geht es in Bezug auf die Haltung der Landwirtschaft weiter. Es heißt dann, daß Sachsen 500.000 Zentner hätte liefern sollen, aber Merseburg statt 200.000 Zentner nur 20.000 Zentner, also 10 Prozent geliefert habe, Targau statt 250.000 Zentner nur 50.000 Zentner, also 20 Prozent usw.

Es heißt dann an einer anderen Stelle:

Wie in Berlin in Erfahrung gebracht ist, schwankt man im Kriegs Ernährungsamt, ob man die Beschlagnahme verfügen soll. Unserer Meinung nach wäre sie die einzig mögliche Maßnahme.

Meine Herren, verzeihen Sie, daß ich diese Stimmung, wie sie in den Großstädten und Industriebezirken allgemein herrscht, hier kurz wiedergebe und dabei einige Fragen anspreche, die da draußen viel erörtert werden.

Meine Herren, zunächst erscheint es auffällig, daß heippielsweise in Bayern und anderen süddeutschen Staaten die Sache viel besser klappt als in Preußen. Es scheint, so sagt man, als ob

das preussische Landwirtschaftsministerium

doch auf dem Gebiete der vorbereitenden Organisation und auch auf anderen Gebieten zu wenig Vorkehrungen getroffen habe. Ich muß es auch aussprechen, meine Herren, daß die große Menge der Verbraucher zum preussischen Landwirtschaftsministerium und auch, was gar nicht ausbleiben konnte, zum Landwirtschaftsrat sowie auch zu einem Teile der großen landwirtschaftlichen Organisationen kein besonderes Vertrauen hat. Man hat den Eindruck, als ob ein Teil der landwirtschaftlichen Organisationen sich im Kriege nicht so bewährt hat, wie man das mit gutem Recht hätte erwarten können. Ich will aber durchaus nicht verallgemeinern und schließe mich den Grundgedanken, die der Herr Vorredner über diesen Punkt geäußert hat, durchaus an. Ich kenne auch landwirtschaftliche Organisationen, die getan haben, was in ihren Kräften stand. Ich stimme auch dem Herrn Abgeordneten Hoff darin bei, daß man die Landwirte an der richtigen Stelle fassen muß; man soll ihnen klar machen, was sie zu tun haben, man soll ihnen klar machen, was auf dem Spiele steht, dann würden sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Andererseits muß man, wenn man ein Freund der Landwirtschaft sein will — und das, meine Herren, nehme ich für mich in Anspruch —, auch offen sagen und die bringende Mahnung aussprechen, daß die Landwirtschaft alles tun möge, was in ihren Kräften steht; denn, meine Herren, die Stimmung draußen im Lande ist derart, daß, wenn das Gegenteil geschähe, gerade das sich an der Landwirtschaft später bitter rächen würde. (Zuruf im Zentrum.) — Ja leider; an der Tatsache werden Sie aber nicht vorbeikommen. Meine

Herren, die Landwirtschaft darf auch keine Anstrengungen scheuen, um der Allgemeinheit die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie alles tut, was möglich ist.

Auch

die Regierung und das Kriegs Ernährungsamt müssen alle Maßnahmen ergreifen, um das Ziel zu erreichen. Es scheint aber fast — das ist die Stimmung im Westen —, als ob das Kriegs Ernährungsamt nicht die erforderlichen Machtmittel in der Hand hat, um seinen Anordnungen zur Durchsicht zu verhelfen. Besonders in Preußen bestehen Widerstände in den anderen Instanzen — sagen wir es gerade heraus: bei manchen Landräten! Es würde mich außerordentlich freuen und es würde eine große Beruhigung im Lande hervorrufen, wenn die Herren Präsidenten v. Batocki und Peters hier erklären könnten, daß sie genügend Machtmittel in der Hand haben, um die Maßnahmen des Kriegs Ernährungsamtes zu verwirklichen auch gegenüber etwaigen Widerständen, die sich ihnen im Beamtenkörper entgegenstellen. Wenn die Machtmittel fehlen sollten, dann müssen sie gefordert werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Reichstag dann dem Kriegs Ernährungsamt zur Seite stehen wird.

Es muß energisch vorgegangen werden. Meine Herren, bedenken wir doch, daß Hunderttausende und Millionen von Söhnen unseres Vaterlandes draußen stehen. Familienväter, Brüder, Söhne setzen Gesundheit, Leben, ihre gesamte Existenz aufs Spiel. Das Vaterland verlangt von ihnen, daß sie das Alleräußerste einsetzen. Deren Angehörige sind es nun, die zum Teil unter einer sehr empfindlichen Lebensmittelnot leiden. Da kann und darf das Vaterland nicht vor energischen Maßregeln zurückschrecken, um solchen Uebelständen abzuwehren. Der Herr Präsident des Kriegs Ernährungsamtes hat ja auch mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß ein energisches Vorgehen in seiner Absicht liege. Ich habe das Vertrauen zu ihm, daß er das auch will. Schwierigkeiten sind da; wir verkennen sie durchaus nicht. Aber wenn sich die Verhältnisse so zugespitzt haben, wie in den letzten Wochen im Ruhrrevier und in den Großstädten des Westens, dann können Sie — nach rechts — nicht verlangen, daß noch weiter Rücksicht genommen wird.

Ueber

die Preispolitik

habe ich noch ein Wort zu sagen. Den Spekulant, einerlei wo sie sich bemerkbar machen, sei es im landwirtschaftlichen Kreise, sei es im Handel usw., muß das Konzept verdorben werden. Im vorigen Jahre waren ja auch feste Preise bestimmt; man hat sie aber nachher — ich glaube, sogar zweimal — umgeworfen und erhöht auf Staats- und Reichskosten — zum Schaden auch aller derjenigen Landwirte, besonders der Landwirte im Westen, die ehrlich und rechtzeitig ihre gesamten entbehrlichen Kartoffelvorräte abgeliefert hatten. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn hier und da bei den Produzenten die Hoffnung besteht, daß bei weiterem Zurückhalten doch vielleicht noch einmal eine Erhöhung kommt. Solche Befürchtungen sind in Konjunkturkreisen recht verbreitet. Deswegen bitte ich den Herrn Präsidenten des Kriegs Ernährungsamtes, von dieser Stelle aus klipp und klar im Einklang mit unserer Interpellation zu erklären, daß eine Erhöhung der Kartoffelpreise für das laufende Erntejahr unter keinen Umständen eintreten wird. Wenn es anders kommen sollte, so würde sich die Regierung und das Kriegs Ernährungsamt um jeden Kredit, um jedes Ansehen und jeden Glauben bringen. Von einer Preiserhöhung darf gar keine Rede sein.

Ebenso ist zu verhindern, daß eine

Umgehung der Höchstpreise

auf anderem Wege herbeigeführt wird. Die Stadt Essen spricht die Befürchtung aus, die mir nicht ganz unbegründet zu sein scheint, es sei außerordentlich bedenklich, daß die Bedarfsgemeinden in

Ihrer augenblicklichen Not wieder anfangen, wie im vorigen Jahre die Lieferungsbestimmungen der Reichskartoffelstelle zu umgehen und sich dadurch eines Wettbewerbs schuldig machen, der im vergangenen Jahre zu den schlimmsten Verhältnissen geführt hat. Es haben sich eine Reihe großstädtischer Gemeinden bereits einverstanden erklärt, daß die Kartoffeln unter Bewilligung des Höchstpreises von 4 Mark unforttrotz geliefert werden. Aus der Erfahrung heraus, daß der Landwirt an Brennereien, Städtfabriken, usw. lieber liefert, weil er dann der Mühe der Sortierung entzogen ist, glaubt man, daß in dieser Beziehung wieder unter Schädigung der großstädtischen Bevölkerung den Produzenten entgegenkommen werden soll. Es werden noch schlimmere Dinge erzählt. Ich will sie mir nicht zu eigen machen, ich will nur sagen, daß auch eine künstliche Heberhöhung des Höchstpreises unter allen Umständen vermieden werden muß.

Noch eines in diesem Zusammenhang. Wenn wir hier so ernst über die ernste Sachlage reden, dann tun wir das in der Ueberzeugung, daß diese Offenheit eine bittere Notwendigkeit auch im Interesse des Vaterlandes ist. Im Volk weiß man ganz genau, daß in den höheren Kreisen, die 5000 bis 10000 M. mehr für den Haushalt im Jahre ausgeben können, von einer wirklichen Not, von einer wirklichen Entscheidung gar keine Rede ist. Und deshalb muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß die aller-nötigsten Lebensmittel — Kartoffeln, Brot usw. — zu annehmbaren und bezahlbaren Preisen an die unteren Volkskreise kommen.

Deshalb haben auch wir eine Interpellation eingebracht, und ich habe im Einklang mit derselben meine kurzen Ausführungen in bezug auf

die Vorschläge

dahin zu resumieren:

Erstens — das ist ein Spezialwunsch — rechtzeitige Zuteilung der Kartoffeln auch an die Kommunalverbände in den hochgelegenen Bezirken des Landes, die dem Frost und der Kälte besonders ausgesetzt sind. Sonst laufen die Kartoffeln da ja erst recht Gefahr, zu erfrieren, um für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu werden.

Dann: keine Kartoffeln mehr, wenn es irgend zu machen ist, zur Verwendung für die Viehfütterung. Ich möchte das Kriegsernährungsamt bitten, doch gründlich zu überlegen, ob da nicht statt Kartoffeln vielleicht Gerste genommen werden kann, vielleicht auch Hafer oder etwas Ähnliches; ob es möglich ist, weiß ich nicht. Aber die Kartoffeln sollten doch möglichst für ihren eigentlichen Zweck reserviert bleiben.

Drittens: es muß jetzt so schnell wie möglich erreicht werden, daß der Tagesbedarf überall in den größeren Städten, namentlich im Westen, befriedigt wird. Dabei darf es aber nicht bleiben. In den nächsten Wochen muß auch die Einkellerung ermbaldigt werden. Dazu braucht die Landwirtschaft allerdings noch Hilfe. Ich denke da besonders auch neben den erforderlichen Arbeitskräften an Beförderungsmittel, sie müssen zur Verfügung gestellt werden.

Ich kann, was unsere Resolution verlangt, folgendermaßen zusammenfassen: Die für die menschliche Ernährung notwendigen Mengen an Kartoffeln sind vor allen anderen Ansprüchen an die Kartoffelernte absolut sicherzustellen; der Tagesbedarf ist sicherzustellen, nötigenfalls unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte, Kriegsgefangener, Strafgefangener und Schüler; endlich ist jedem Versuch einer nachträglichen Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln entgegenzutreten.

Ich muß mit einem ähnlichen Gedankengang schließen wie der Herr Vortrager. Sie verlangen mit Recht vom deutschen Volke, von allen seinen Teilen, daß es durchhält, und unser Volk — ich kann Ihnen das namentlich auch sagen von der Arbeiterschaft des Westens — unser Volk will durchhalten. Wenn ich in meinem industriereichen Wahlkreis, wie das mehrfach geschehen ist, vor Arbeitern rede und ihnen die Situation des Vaterlandes dar mache, auch die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage schildere, dann, meine Herren, haben die Leute Verständnis dafür; aber wo eine gewisse Grenze überschritten wird, wo das Nötigste fehlt, meine Herren, da geht es nicht mehr. Sorgen Sie, daß unser Volk auch durchhalten kann, daß die Möglichkeit dafür vorliegt. Und deshalb schreie ich mit dem Wunsch, daß es den maßgebenden Regierungsstellen gelingen möge, Abhilfe zu schaffen, namentlich den ärmeren Volkskreisen und den größeren Städten und Industriebezirken die notwendigen Kartoffelmengen jetzt und im Laufe des Erntejahres, namentlich auch des Winters, zu beschaffen. Das ist notwendig im Interesse der Gesamtheit, im Interesse auch unseres Vaterlandes.

Im Anschluß an vorstehende Ausführungen möchte ich noch einige diese Frage näher beleuchtende Meldungen der Tagespresse wiedergeben.

1. Ursachen der ungenügenden Kartoffelanfuhr.

Daß die Gründe für die unzureichende Versorgung der Bedarfsgebiete und insbesondere der großen Städte mit Kartoffeln nicht bloß in der Verhinderung der Ernte und in Schwierigkeiten des Abtransports zu suchen sind, zeigt das nachstehende, von dem Reichsstaatsabgeordneten Robert Schmidt bekanntgegebene Schreiben des Kreis-ausschusses von Gardelegen an den Magistrat der Stadt Döblich, worin die Unmöglichkeit großer Liefermengen wie folgt begründet wird:

Auf die zur Ablieferung gelangenden Kartoffeln erheben Anspruch:

a) Die Stärke- und Floidekfabriken, dieselben haben (genau wie die Städte) ein bestimmtes Kontingent zu fordern, sie zahlen für unsortierte Kartoffeln mindestens dieselben Preise wie die Städte für sortierte Speisekartoffeln. Die Erntekartoffel-Verwertungsgesellschaft legt Wert darauf, schnell viel Kartoffelfabrikate zu erhalten, den Fabrikanten wird für die Lieferung vor dem 1. Oktober ein entsprechender Aufschlag gezahlt. Es ist deshalb zu verstehen, wenn die Genossen der genannten Fabriken von dieser Möglichkeit, ihre Kartoffeln unterzubringen, Gebrauch machen.

b) Die Brennereien. Auch die Brennereien zahlen für unsortierte Kartoffeln die gleichen Preise wie für sortierte Speisekartoffeln. Die ihnen für ihr Kontingent zustehende Kartoffelmengen fordern dieselben auf jeden Fall. So daß den Kreisen noch die Pflicht erwächst, den Brennereien Kartoffeln zuzuwenden, wenn dieselben aus der eigenen Wirtschaft bzw. aus der Wirtschaft der Genossen nicht ausgebracht werden können. Eine Möglichkeit, von den großen Gütern, die fast immer nebenher Brennereibetrieb haben, Kartoffeln zu erhalten, ist augenblicklich kaum vorhanden.

Vielfach werden auch Kartoffeln einzemietet, um höhere Preise im Frühjahr abzuwarten, weil nach den Erfahrungen des Vorjahres die gesetzlichen Höchstpreise im Winter vielleicht geändert werden.

Für die zu bevorzughenden Kommunalverbände bleiben deshalb jetzt wenig Kartoffeln übrig.

Seheimer Regierungsrat.

Hier spricht doch wohl ein klaffischer Zeuge, und für Herrn v. Batocki erwächst die Pflicht, gegen das gemeingefährliche, skandalöse Treiben, das sich da offenbart, mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit einzuschreiten.

Im Kreise Beckum, soll nach der „Köln. Ztg.“ die zwangsweise Enteignung der Kartoffeln vorgenommen werden. Wie der Landrat Dr. Gahlmann bekannt gibt, haben die Kartoffelerzeuger bisher an die Aufkäufer so geringe Mengen Kartoffeln geliefert, daß die Einwohner des Kreises nicht in genügender Menge versorgt werden könnten. Ein Teil der Landwirte gebe an, die Ernte sei schlecht ausgefallen und sie seien deshalb auch nicht in der Lage, Kartoffeln abzugeben, ein anderer Teil lasse bei der Ablehnung durchblicken, daß ihm der jetzige Höchstpreis zu gering sei. Der Landrat habe anfänglich erwartet, daß die Landwirte, dem Ernst der Zeit entsprechend, ihre nicht unbedingt selbst benötigten Kartoffeln freiwillig abgeben würden. Er habe sich aber getäuscht und sehe sich deshalb gezwungen, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgegebene Enteignung in die Wege zu leiten — ohne Rücksicht auf den schweren Schaden, der den Landwirten dadurch entzieht.

2. Es geht.

Daß bei allseitigem guten Willen die rechtzeitige Anlieferung der Kartoffeln durch die Landwirte möglich ist, befragt nachstehende Meldung der „Köln. Ztg.“:

„Die Mahnung der Landräte und des Vorstehenden der hannoverschen Landwirtschaftskammer Herrn von Warenholz an die hannoverschen Landwirte, alle verfügbaren Kartoffeln sofort abzuliefern, scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn die Ablieferung dieser Kartoffeln nach den den einzelnen Gemeinden vorgeschriebenen Städten hat in den letzten Tagen in außerordentlichem Umfange zugenommen. So wird aus einzelnen Gemeinden der Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Osnabrück gemeldet, daß am letzten Freitag und Samstagzüge bis zu 30 Waggons nach den Großstädten abgegangen sind und die Zufuhren zu den Bahnhöfen an diesen Tagen noch so bedeutend waren, daß die Landwirte mit ihren Gespannen auf den Landstraßen oft mehrere Stunden warten mußten, um an den Abnahmestellen ihre Ware los zu werden. Es ist immerhin erfreulich, daß jetzt Mittel und Wege gefunden zu sein scheinen, so wichtige Nahrungsmittel auf schnellstem Wege in die Städte zu bringen, wodurch die Kartoffelnot hoffentlich bald gänzlich behoben wird. In Hannover selbst scheint die Ablieferung der Kartoffeln an die Selbstversorger einen glatten Verlauf zu nehmen. Aus allen Richtungen kommen jetzt morgens die Bauern mit vollbeladenen Wagen zur Stadt zur Kartoffelablieferung, etwas später allerdings als in den Vorjahren; dies ist auf die durch die nasse Witterung verzögerte Ernte zurückzuführen. Ein eigenartiges Bild gewährt augenblicklich unser Hauptbahnhof, der tagsüber von zahlreichen „Kartoffelzügen“ passiert wird, die namentlich dem Industriegebiet Tausende von Zentnern Kartoffeln zuführen.“

3. Ein Aufruf an die Landwirte in Bayern.

Zu einem Aufruf, den der Bayerische christliche ~~Landwirtschaftsverband~~ ~~zur~~ ~~Rechtsprechung~~ ~~beruft~~ und den die beiden Direktoren des Vereins, Dr. Heim und Dr.

unterzeichnet haben, wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Kartoffel das Brot der Armen sei; daß auch die Kartoffelpreispolitik bewertet. Bauern wird dann wie folgt ins Gewissen

gerufen: „Bauern, die im eigenen Haushalte irgend- wie e. hlich sind, zu liefern und nicht zurückzu- Alten in der Poffnung auf höhere Preise. Verlangt jetzt im Monat Oktober, wo der Preis 4 M. beträgt, nicht etwa den Septemberpreis von 4,50 M. Es ist der Preis von 4 M. immerhin noch etwas höher, als der Preis des Kartoffelnotjahres 1911. Diejenigen, die so handeln, und mit der Ware zurückhalten, falls sie diesen Preis nicht bekommen, verunbilden sich gegen ihre Nächsten. Die Nährpflicht ist auch Bauern ebenso eine heilige Pflicht, wie die Wehrpflicht es für jene ist, die draußen an den Fronten den schwersten Gefahren trohen und dem Tode Stunde für Stunde ins Antlitz schauen, nur um euch, die Daheimgebliebenen, und eure Arbeit im Interesse des ganzen Vaterlandes zu schützen und zu sichern. Haltet auch keine Kartoffeln zurück mit Rücksicht auf den höheren Frühjahrspreis von 8 M. Damit wäre nichts gewonnen, denn der Verlust durch Verderbnis ist bis ins Frühjahr und in den Sommer hinein vielleicht größer als der Preisaufschlag von 1 M. pro Zentner. Zurückhaltung und Spekulation auf höhere Preise wäre unter den gegebenen Verhältnissen ein Verbrechen gegen Volk und Vaterland. Dessen werden sich bayerische Bauern nie schuldig machen.“

4. Einschränkung des Kartoffelverbrauchs.

Antlich wird gemeldet:

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Schätzung über den Umfang der Herbstkartoffelernte haben das RGA. veranlassen müssen, tief einschneidende Maßnahmen zu treffen, die auch für den Fall, daß der Ertrag sich endgültig als sehr gering ergeben sollte, die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unter allen Umständen gewährleisten. Es ist daher auf Vorschlag des RGA. durch den Herrn Reichsstaatsabgeordneten angeordnet worden, daß die Verbrauchsregelung in allen Kommunalverbänden nach dem Grundsatz zu erfolgen hat, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als eineinhalb Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Im einzelnen hat die Verbrauchsregelung weiter dahingehend zu erfolgen, daß der Kartoffelerzeuger auf den Tag und Kopf bis eineinhalb Pfund Kartoffeln seiner Ernte für sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf, während im übrigen der Tagesbedarf auf höchstens ein Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festzusetzen ist, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis ein Pfund Kartoffeln, insgesamt also bis zwei Pfund Kartoffeln, erhält. Ferner ist das Verfüttern von Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnissen der Kartoffelverwertung ausnahmslos verboten worden, jedoch dürfen Kartoffeln, die als Speisekartoffeln oder als Fabrikkartoffeln nicht verwendbar sind, künftig an Schweine und an Federvieh verfüttert werden. Verboten ist das Einsäuern von Kartoffeln und das Bergäulen und Vermischen der an die Erntekartoffel-Verwertungsgesellschaft abzuliefernden Mengen. Um die rechtzeitige Wintereindeckung mit Kartoffeln zu gewährleisten, ist ferner der Handel und Verkehr mit Saatkartoffeln bis auf weiteres untersagt.

Es darf nicht verkannt werden, daß diese Vorschriften für manchen nichtschwerarbeitenden Verbraucher eine Einschränkung seiner Ernährung bedeuten, daß vornehmlich aber durch die neuen Vorschriften der Landwirt betroffen wird. Es ist aber unbedingt erforderlich, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen und lebendig Vorkehrungen zu treffen, die das Durchhalten mit Kartoffeln bis zur neuen Frühjahrserte unter allen Umständen sichern. Das genaue Ergebnis der Herbstkartoffelernte kann erst durch eine Bestandsaufnahme ermittelt werden. Ergibt diese ein besseres Ergebnis, als jetzt vorsichtigerweise angenommen werden muß, so werden die heute gebotenen Vorschriften gemildert werden können. Bis dahin aber müssen die geschilderten Anordnungen in Kraft bleiben, denn nur durch sie allein wird die Gewähr geboten, daß auch unter den schwierigsten Ernteverhältnissen genügende Mengen Speisekartoffeln vorhanden sind und daß diese Mengen verat verbraucht werden, wie es die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der Heeresverwaltung gebieterisch fordern.

Allgemeine Rundschau.

Ein Gedentag.

Am 12. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seitdem der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine gegründet wurde. Fünf katholische Arbeitervereine bestanden damals in München. Unter Führung des damaligen Stadtpfarrpredigers Gilg beriefen die fünf Präses auf den 12. Oktober 1891 nach München eine „Konferenz süddeutscher Arbeitervereins-Präses“ ein, der insgesamt 27 Herren bewohnten. Die Zahl der katholischen Arbeitervereine in Süddeutschland war damals noch recht dürftig. Nach dem Münchner Frühlingstag 1848 wurde 1849 in Regensburg der erste katho-

Arbeiterverein gegründet; von 1849 bis 1879 entstanden nur fünf weitere Vereine in Bayern. Als der Katholikentag in Amberg 1884 dann so recht das Fundament unserer heutigen katholischen Arbeitervereine gelegt hatte, entstanden von 1885 bis 1890 in Bayern weitere 16, in Württemberg 5 und in Baden 8 Vereine. Alle diese sollten nicht auf der Münchener Konferenz in einen Verband zusammengeschlossen werden. Wie sehr das schwierige Werk gelungen ist, weiß man. Geradezu großartig hat sich Verband entwickelt: man bräutet nicht einen Blick in das Leobhaus in München zu werfen, wo sich die Zentrale des Verbandes befindet, um zu ersehen, wie mächtig diese Organisation der katholischen Arbeiter Süddeutschlands erstarkt ist.

In französischer Gefangenschaft.

Der Leiter unserer Ortsgruppe in Schweighausen (Ober-Elsass), Emil Wollon, wurde, wie wir früher schon berichtet haben, gleich bei Kriegsausbruch von den Franzosen in Gefangenschaft abgeführt. Ueber sein Schicksal berichtete nun kürzlich die elsässische Tagespresse wie folgt: „Eine traurige Kriegsgefangenengeschichte wird uns berichtet. Als am 18. August 1914 die Franzosen hierher kamen, bestand ihr erstes Tun darin, den Postbriefkasten einzuschlagen. Sie fanden darin einen an die Geschäftsstelle des christlichen Textilarbeiterverbandes gerichteten Brief des Fabrikarbeiters E. W., in welchem der Wunsch ausgesprochen war, die Franzosen möchten halb wieder auf Nimmerwiedersehen aus der Gegend verschwinden. Dieser Wunsch mißfiel natürlich den Franzosen. Sie suchten den Briefschreiber auf und führten ihn nach Frankreich in die Gefangenschaft. W. kam zuerst einige Tage nach Montelimard. Am Abend des 10. September 1914 war er dabei, als die Gefangenen in Marseille bei ihrer Ueberführung vom Bahnhof nach dem Fort St. Nikolaus von den Marsailleern mit Steinen, leeren Flaschen usw. beworfen und mit Messern traktiert wurden. Nach zwei Tagen, welche die Gefangenen in finsternen Perkeren zubringen mußten, kam er auf die Insel If und am 20. September nach Tirolo. Anfangs Januar 1915 wurde er mit anderen „Verdächtigen“ nach Collioure und später nach Ffioire geführt. Vorige Woche sollte er nun mit anderen Unglücksgefährten in die Heimat verbracht werden. Man kann sich die Freude des armen Mannes denken, als er im Zug der Freiheit entgegenfuhr. Allein: Mit des Schicksals Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, denn das Unglück schreitet schnell. In Lyon erwartete ihn sein Verhängnis in der Gestalt eines Polizeibeamten mit vier bis an die Zähne bewaffneten Soldaten. Wie es sich nach seiner Abfahrt von Ffioire herausstellte, war er irrtümlich auf die Austauschliste gestellt worden. Wohl oder übel mußte der Vermisste wieder umkehren in die traurige Kriegsgefangenschaft.“

Es ist ein tragisches Geschick, das unsern Kollegen betroffen hat. Hoffentlich schlägt doch auch für ihn bald die ersehnte Befreiungstunde; das wünschen wir umjomehr, als der Kollege Wollon stets ein eifriger, in unermüdblicher Kleinarbeit tätiger Verbandskollege war.

Eine Verbandskollegin bei der Gewerbeaufsicht.

Wohl den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend, hat sich der Minister für Handel und Gewerbe veranlaßt gesehen,

einem langgehegten Wunsch der organisierten Arbeiterschaft stattzugeben. Es sollen nämlich zum Ersatz der geschulten, namentlich aber einberufenen Gewerbeaufsichtsbeamten Personen aus dem Arbeiterstande beigezogen werden. Neuestens ist nun auch eine unserer Verbände angehörende Arbeiterin zur Gewerbeaufsicht genommen worden. Es ist unsere langjährige Kollegin Agnes Schmitz aus Nachen, die eine solch ehrenvolle Berufung — vorerst allerdings auf Probezeit — erhalten hat. In dem diesbezüglichen Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe heißt es u. a.:

„Ich habe befohlen, Sie unter Vorbehalt des Widerzuses probeweise in den Gewerbeaufsichtsdienst einzustellen und Sie zunächst zu Ihrer Ausbildung auf sechs Monate dem Gewerbeinspektor in Rheine (Westf.) zu überweisen. Die nötigen Anweisungen über Ihre dienstlichen Aufgaben wird Ihnen der Regierungs- und Gewerbeinspektor in Münster und der Gewerbeinspektor in Rheine erteilen.“

Zwar wird es für die Kollegin nicht ganz leicht sein, sich in das verantwortungsvolle Amt der Gewerbeinspektion einzuarbeiten. Aber ihre anerkannte Tüchtigkeit und guter Wille werden sie, zusammen mit praktischer Erfahrung im Berufsleben, bald befähigen, den ihr zugewiesenen Posten auszufüllen. Wir rufen der aus Nachen scheidenden Kollegin auch an dieser Stelle ein herzlich „Glückauf“ zu.

Uebergang zur Friedenswirtschaft.

In einem Vortrag, mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich die Beratung über die Uebergangswirtschaft im Handelsausschuß des Reichstags einleitete, schilderte er zunächst die Zerstörung von Milliardenwerten in den Kriegsgebieten des Elsas und Ostpreußens, den Kapitalverlust der Reederei, den Einfluß der Metallbeschlagnahme auf die Anschaffung und Ergänzung von Maschinen und die Aenderung in der Verwendung des Kapitals, das weniger für die Volkswirtschaft als für Kriegszwecke arbeitet, wozu sich wieder die Geldanhäufung in Sparkassen und Banken erklärt, die die gewaltigen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen möglich macht. Unser im Ausland arbeitendes Kapital ist durch die Sequestrierung und Liquidierung der ausländischen Anlagen geschädigt, ebenso durch die Entwertung der ausländischen Wertpapiere. Menschliche Arbeit ist zerstückt durch die Todesopfer des Krieges und durch die Verkrüppelung, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei ist auch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für Krieg und Kriegsarbeiten verwandt werden. In diesem Zusammenhang wies der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich mit Rücksicht auf unsere nationale Zukunft so bald als möglich wieder zurückgehen muß.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb hat die Bundesratsverordnung vom August 1916 einen Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft eingesetzt. Seine Hauptaufgabe wird sein die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeiterschutzgesetzgebung. Für das Kapital kommt besonders Ausnutzung und Steigerung der Erzeugung und äußerste Sparsamkeit in Betracht, wie sie jetzt schon während des

Krieges geübt wird, Rückbildung des Kapitals für Friedenszwecke, Kreditbeschaffung für feststehende und bewegliche Anlagen, Kreditverwirklichung für den städtischen Grundbesitz und für die Reederei, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeschalteten Handels, Verbesserung der Währung und Klüffigmachung der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalen.

Der Staatssekretär teilt also die ganze Aufgabe der Uebergangswirtschaft in drei Hauptabschnitte: Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung. Vorrang hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen wären zu lösen durch Verwaltung, Gesetzgebung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen Kräften; die letztern sind neu zu ordnen. Mitarbeiter sollen aus allen Kreisen der praktischen Berufe auf den Gebieten der Währung, der Reederei, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft zugezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen Beirats mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse zuzufinden soll. Die Durchführung der Beschlüsse liegt natürlich dem Reichskommissar und dem Reichsamt des Innern ob.

Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung: der Hauptzweck des Reichskommissars sei, sich so schnell wie möglich überflüssig zu machen, d. h. seine Arbeit zu beendigen, so schnell es geht.

Aus unserer Industrie.

Vorteile der deutschen Textilindustrie aus dem neuen deutsch-schweizerischen Handelsabkommen.

Am 29. September wurde das Ausfuhrabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterzeichnet. Dadurch wird der bereits ins Stocken geratene Warenverkehr zwischen beiden Ländern wieder auf weiterer Grundlage in Fluß kommen. Jeder Vertragsstaat liefert nämlich dem andern diejenigen Güter, die er nicht selbst im eigenen Lande dringen benötigt und an deren Ausfuhr er nicht durch bindende Verpflichtungen verhindert ist. Das Uebereinkommen enthält aber darüber hinaus auch eine speziell für die deutsche Textilindustrie überaus wichtige Bestimmung. In der Schweiz lagern nämlich für viele Millionen Mark Waren, insbesondere Rohstoffe der Textilindustrie, die deutschen Besitzes sind, deren Ausfuhr aus der Schweiz nach Deutschland aber die Entente unter Androhung der Einstellung der Lebensmittelzufuhren, auf welche die Eidgenossenschaft angewiesen ist, untersagt hat.

Diese Rohstoffe der Textilindustrie werden nun während der Dauer des Krieges in der Schweiz verbleiben, die sich verpflichtet hat, sie bei Friedensschluß an Deutschland auszuliefern.

Die Freigabe erfolgt dann ohne jede Gegenleistung, da das Deutsche Reich auf diese Güter im Kompensationswege schon Vorausleistungen in der Höhe von 16,5 Millionen Mark erbracht hat, zum großen Teil in Fabrikaten der Textilindustrie, Geweben und Konfektionswaren. Die Alliierten haben aber, wie erwähnt, nicht nur den Export der betreffenden Rohstoffe aus der Schweiz nach Deutschland verboten, sondern auch darüber hinaus sich gegen jeden Rohstoffverkehr der Schweiz mit Deutschland erklärt.

Die „Düsseldorfer Woche“.

Bereits im Jahre 1913 fanden durch eine ganze Woche hindurch in Düsseldorf Vorträge und praktische Vorführungen statt zur Aus- und Fortbildung von Jugendpflgerinnen. Den gleichen Zweck verfolgte die diesjährige „Düsseldorfer Woche“. Sie war veranstaltet durch den Ortsausschuß für Jugendpflege in der Stadt Düsseldorf auf Anregung des Bezirksausschusses für Jugendpflege. Vom 25. bis 30. September war Tag für Tag, in insgesamt 20 Vorträgen, eine sehr große Zahl Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Rittersaal der Städtischen Tonhalle versammelt. Der große Saal war bei einzelnen Vorträgen sogar überfüllt.

Diese starke Beteiligung erklärt sich einigermaßen bei einem Ueberblick über die Vortragsfolge. Einen sehr soliden Untergrund für sämtliche Verhandlungen schuf h. Herr Rektor Heinen-M. Gladbach mit dem Thema „Ziel, Aufgaben und Schwierigkeiten der weiblichen Jugendpflege“. Diesen allgemeinen Richtlinien folgte ein sehr fein spezialisierter Vortrag von Fräulein Lehrerin A. Heinen-Barmen über „Seelenkunde der heranwachsenden Mädchen“. Die rein seelische Seite der Jugendpflege empfing am gleichen Tage noch zwei wertvolle Ergänzungen, einmal durch Herrn Generalsekretär Laepper-Röln-Deuz, der die Frage beantwortete: „Wie pflegen wir das religiös-praktische Leben bei der weiblichen Jugend?“. Daran reihten sich die Ausführungen von Herrn Pastor E. Hasse-Essen-Muhr über „Lebenstunde des Kern der weiblichen Jugendpflege“.

Der folgende Tag war der körperlichen Erhaltung gewidmet. Frau Dr. med. A. Müller-Düsseldorf gab eine Anleitung der weiblichen Jugend zur Gesundheitspflege, worauf Oberlehrerin Fräulein V. Hofmann-Düsseldorf über „Körperliche Übungen für Schulmädchen“ sprach. Nachmittags behandelte Lehrerin Fräulein E. Waller-Mülheim-Muhr die anregende Frage „wie wir wandern sollen?“

Der dritte Tag berücksichtigte mehr die familiäre Seite der Jugendpflege. Gewerbelehrerin Fräulein C. Friedemann beschäftigte sich mit der möglichst praktischen Beantwortung der Frage: „Wie werden und pflegen wir

bei der weiblichen Jugend die Freude an häuslicher Tätigkeit?“ Und über „Gartenbau und Blumenzucht im Dienste der Jugendpflege“ verbreitete sich Herr Garteninspektor Müllers-Kaiserswerth.

Durch zwei weitere Vorträge wurden die beruflichen Interessen berücksichtigt. Zunächst durch das Thema „Berufsberatung und Berufswahl für städtische Mädchen“, gehalten von Fräulein M. Hendrichs-Berlin-Schöneberg, dann durch die Ausführungen von Baronin M. Perkerin-Rinkerode über „Berufsberatung und Berufsausbildung für die weibliche Landjugend“. Außerordentlich wertvoll waren die am gleichen Tage gemachten Ausführungen über das Thema „Woburd wecken wir das Interesse für soziale und karitative Betätigung?“ Fräulein A. Harnen-Barmen fand dafür wirklich von Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte.

Der vorletzte Vormittag umschloß drei im Wesentlichen grundverschiedene, in ihrem Zielstreben jedoch einheitlich der Jugend dienliche Vorträge. Frein von Paneldramatiken aus Weimern sprach über „Die weibliche Jugendpflege auf dem Lande“. Aus einem reichen Erfahrungsschatz behandelte Pfarrer Dr. E. Kruchen-Röln-Ehrenfeld die „Art und Weise des Unterrichtes in der Fortbildungsschule“. Fräulein A. Sante-Hilbesheim dagegen verbreitete sich über die „Ueberleitung der Arbeit der heranwachsenden Mädchen aus der Kriegs- in die Friedenszeit“.

Die beiden letzten Vorträge wiesen darauf hin, daß in der Jugendpflege die Krone des Ganzen in der Auslösung derjenigen sittlichen Kräfte liegen müsse, die für das Wohl der einzelnen Jugendlichen, sowie auch für das Wohl von Familie und Staat grundlegend seien. Stadt-Fortbildungsschullehrerin Fräulein A. Wolmar-Charlottenburg besprach die Erziehung zu Familiensinn, Vaterlandsliebe und den Bürgertugenden, Herr Religionslehrer Pickarech-Düsseldorf bot tiefenempfundene Worte voll hinreißender Begeisterung über „die sittliche Reinheit der Jugend, die Kraft und Hoffnung des Vaterlandes“.

Außer dieser zweckmäßig und fein aufgebauten Vortragsfolge bot die Düsseldorfer Woche den 2800 Teilnehmern und Teilnehmerinnen noch verschiedene Veranstaltungen. An den fünf ersten Tagen waren je eineinhalb Stunden für praktische Übungen angelegt, die in einer Turnhalle

abgehalten wurden. Die Übungen erstreckten sich auf die Leitung von Volls- und Jugendspielen, auch Einübung von Volkstänzen. Zur Beschäftigung der königlichen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Rheindorf fand sich eine stattliche Teilnehmerzahl zusammen. Dort selbst hielt Gewerbeschulerehrerin Fräulein K. Waltherr-Rheydt einen Vortrag über „die Erziehung der weiblichen Jugend zur Freude am Schönen und zum guten Geschmack“. Im Rittersaal der Tonhalle Düsseldorf fanden außerdem zwei Abendveranstaltungen statt, von einheimischen Jugendpflgerinnen und Jugendlichen in's Werk gesetzt. Zunächst ein Märchenabend, zu dem ein einleitender Vortrag gegeben wurde durch Herrn Rektor Hammelrath-Düsseldorf über „die Kunst im Heim“, dann noch ein Abend, betitelt „Lied und Tanz“, zu dessen Einführung Mittelschullehrerin Fräulein M. Russell über „Zwei Jahre Vereinstätigkeit“ berichtete.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß verschiedene Jugendvereine Düsseldorfs im Gartenjale der Tonhalle eine außerordentlich interessante Ausstellung weiblicher Handarbeiten eingerichtet hatten. Außerdem war eine Ausstellung von Lehr- und Lernbücher, Zeitschriften — für Jugendpflgerinnen sowohl als auch Jugendliche — von optischen Instrumenten, Turn- und Spielgeräten und Zimmernspielen vorgelesen.

Alles in Allem darf die „Düsseldorfer Woche“ als eine sehr zeitgemäße Veranstaltung bezeichnet werden. Das ist auch von staatlicher und städtischer Seite hervorzuheben worden, namentlich durch die, von wirklich großen Verständnis und von viel Liebe für die jugendzeugenden Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten der Rheinprovinz... Unzweifelhaft sind durch die ausgezeichneten Darbietungen auch viele Herzen gewonnen worden für das zwar nicht leichte, aber dafür segensbringende und beglückende Amt einer Jugendpflgerin und eines Jugendpflgers. So darf die Hoffnung gehegt werden, daß die Früchte dieser herrlich verlaufenen Düsseldorfer Woche einer recht großen Anzahl von weiblichen Jugendlichen zuteil werden — den Wärttern des zukünftigen Deutschland.

Ihrer augenblicklichen Not wieder anfangen, wie im vorigen Jahre die Lieferungsbestimmungen der Reichskartoffelstelle zu umgehen und sich dadurch eines Wettbewerbs schuldig machen, der im vergangenen Jahre zu den schlimmsten Verhältnissen geführt hat. Es haben sich eine Reihe großstädtischer Gemeinden bereits einverstanden erklärt, daß die Kartoffeln unter Bewilligung des Höchstpreises von 4 Mark unsortiert geliefert werden. Aus der Erfahrung heraus, daß der Landwirt an Brennereien, Stärkefabriken, usw. lieber liefert, weil er dann der Mühe der Sortierung entzogen ist, glaubt man, daß in dieser Beziehung wieder unter Schädigung der großstädtischen Bevölkerung den Produzenten entgegenkommen werden soll. Es werden noch schlimmere Dinge erzählt. Ich will sie mir nicht zu eigen machen, ich will nur sagen, daß auch eine künstliche Heberhöhung der Höchstpreise unter allen Umständen vermieden werden muß.

Noch eines in diesem Zusammenhange. Wenn wir hier so ernst über die Sachlage reden, dann tun wir das in der Überzeugung, daß diese Offenheit eine bittere Notwendigkeit auch im Interesse des Vaterlandes ist. Im Volk weiß man ganz genau, daß in den höheren Kreisen, die 5000 bis 10000 M. mehr für den Haushalt im Jahre ausgeben können, von einer wirklichen Not, von einer wirklichen Entbehrung gar keine Rede ist. Und deshalb muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß die allerwichtigsten Lebensmittel — Kartoffeln, Brot usw. — zu annehmbaren und bezahlbaren Preisen an die unteren Volkskreise kommen.

Deshalb haben auch wir eine Interpellation eingebracht, und ich habe im Einklang mit derselben meine kurzen Ausführungen in bezug auf die Vor schläge

darin zu resumieren:

Erstens — das ist ein Spezialwunsch — rechtzeitige Zuteilung der Kartoffeln auch an die Kommunalverbände in den hochgelegenen Bezirken des Landes, die dem Frost und der Kälte besonders ausgesetzt sind. Sonst laufen die Kartoffeln da ja erst recht Gefahr, zu erfrieren, um für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu werden.

Dann: keine Kartoffeln mehr, wenn es irgend zu machen ist, zur Verwendung für die Brotbackung. Ich möchte das Kriegsernährungsamt bitten, sorgfältig zu überlegen, ob da nicht statt Kartoffeln vielleicht Gerste genommen werden kann, vielleicht auch Hafer oder etwas Ähnliches; ob es möglich ist, weiß ich nicht. Aber die Kartoffeln sollten doch möglichst für ihren eigentlichen Zweck reserviert bleiben.

Drittens: es muß jetzt so schnell wie möglich erreicht werden, daß der Tagesbedarf überall in den größeren Städten, namentlich im Westen, befriedigt wird. Dabei darf es aber nicht bleiben. In den nächsten Wochen muß auch die Einkellerung ermöglicht werden. Dazu braucht die Landwirtschaft allerdings noch Hilfe. Ich denke da besonders auch neben den erforderlichen Arbeitskräften an Beförderungsmittel, sie müssen zur Verfügung gestellt werden.

Ich kann, was unsere Resolution verlangt, folgendermaßen zusammenfassen: Die für die menschliche Ernährung notwendigen Mengen an Kartoffeln sind vor allen anderen Ansprüchen an die Kartoffelernte absolut sicherzustellen; der Tagesbedarf ist sicherzustellen, nötigenfalls unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte, Kriegsgefangener, Strafgefangener und Schüler; endlich ist jedem Versuch einer nachträglichen Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln entgegenzutreten.

Ich muß mit einem ähnlichen Gedankengang schließen wie der Herr Vorredner. Sie verlangen mit Recht vom deutschen Volke, von allen seinen Teilen, daß es durchhält, und unser Volk — ich kann Ihnen das namentlich auch sagen von der Arbeiterschaft des Westens — unser Volk will durchhalten. Wenn ich in meinem industriereichen Wahlkreis, wie das mehrfach geschehen ist, vor Arbeitern rede und ihnen die Situation des Vaterlandes klar mache, auch die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage schildere, dann, meine Herren, haben die Leute Verständnis dafür; aber wo eine gewisse Grenze überschritten wird, wo das Nötigste fehlt, meine Herren, da geht es nicht mehr. Sorgen Sie, daß unser Volk auch durchhalten kann, daß die Möglichkeit dafür vorliegt. Und deshalb schließe ich mit dem Wunsche, daß es den maßgebenden Regierungsstellen gelingen möge, Abhilfe zu schaffen, namentlich den ärmeren Volkskreisen und den größeren Städten und Industriebezirken die notwendigen Kartoffelmengen jetzt und im Laufe des Erntejahres, namentlich auch des Winters, zu beschaffen. Das ist notwendig im Interesse der Gesundheit, im Interesse auch unseres Vaterlandes.

Im Anschluß an vorstehende Ausführungen möchten wir noch einige, diese Frage näher beleuchtende Meldungen der Tagespresse wiedergeben.

1. Ursachen der ungenügenden Kartoffelernte.
Daß die Gründe für die unzureichende Versorgung der Verbrauchsgebiete und insbesondere der großen Städte mit Kartoffeln nicht bloß in der Verspätung der Ernte und in Schwierigkeiten des Abtransports zu suchen sind, zeigt das nachstehende, von dem Reichsstatistikdirektor Robert Schmidt bekanntgegebene Schreiben des Kreis-Ausschusses von Gardelegen an den Magistrat der Stadt Bockum, worin die Unmöglichkeit großer Lieferungen wie folgt begründet wird:

Auf die zur Ablieferung gelängenden Kartoffeln erheben Anspruch:

a) Die Stärke- und Flottenfabriken, dieselben haben (genau wie die Städte) ein bestimmtes Kontingent zu fordern, sie zahlen für unsortierte Kartoffeln mindestens dieselben Preise wie die Städte für sortierte Speisekartoffeln. Die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft legt Wert darauf, schnell viel Kartoffelabfälle zu erhalten, den Fabriken wird für die Lieferung vor dem 1. Oktober ein entsprechender Aufschlag bezahlt. Es ist deshalb zu verstehen, wenn die Genossen der genannten Fabriken von dieser Möglichkeit, ihre Kartoffeln unterzubringen, Gebrauch machen.

b) Die Brennereien. Auch die Brennereien zahlen für unsortierte Kartoffeln die gleichen Preise wie für sortierte Speisekartoffeln. Die ihnen für ihr Kontingent zustehende Kartoffelmengen fordern dieselben auf jeden Fall. So daß den Kreisen noch die Pflicht erwächst, den Brennereien Kartoffeln zuzuwenden, wenn dieselben aus der eigenen Wirtschaft bezw. aus der Wirtschaft der Genossen nicht ausgebracht werden können. Eine Möglichkeit, von den großen Gütern, die fast immer nebsther Brennereibetrieb haben, Kartoffeln zu erhalten, ist augenblicklich kaum vorhanden.

Vielfach werden auch Kartoffeln eingemietet, um höhere Preise im Frühjahr abzuwarren, weil nach den Erfahrungen des Vorjahres die gesetzlichen Höchstpreise im Winter erheblich gesenkt werden.

Für die zu versorgenden Kommunalverbände bleiben deshalb jetzt wenig Kartoffeln übrig.

Seheimer Regierungsrat.

Hier spricht doch wohl ein klassischer Zeuge, und für Herrn v. Datow erwächst die Pflicht, gegen das gemeingefährliche, skandalöse Treiben, das sich da offenbart, mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit einzuschreiten.

Im Kreise Bockum soll nach der „Abn. Ztg.“ die zwangsweise Enteignung der Kartoffeln vorgenommen werden. Wie der Landrat Dr. Wahlmann bekannt gibt, haben die Kartoffelerzeuger bisher an die Verkäufer so geringe Mengen Kartoffeln geliefert, daß die Einwohner des Kreises nicht in genügender Menge versorgt werden konnten. Ein Teil der Landwirte gebe an, die Ernte sei schlecht ausgefallen und sie seien deshalb auch nicht in der Lage, Kartoffeln abzugeben, ein anderer Teil lasse bei der Ablehnung durchblicken, daß ihm der jetzige Höchstpreis zu gering sei. Der Landrat habe anfänglich erwartet, daß die Landwirte, dem Ernst der Zeit entsprechend, ihre nicht unbedingt selbst benötigten Kartoffeln freiwillig abgeben würden. Er habe sich aber getäuscht und sehe sich deshalb gezwungen, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgesehene Enteignung in die Wege zu leiten — ohne Rücksicht auf den schweren Schaden, der den Landwirten dadurch entsteht.

2. Es geht.

Daß bei allseitigem guten Willen die rechtzeitige Anlieferung der Kartoffeln durch die Landwirte möglich ist, besagt nachstehende Meldung der „Köln. Ztg.“:

„Die Mahnung der Landräte und des Vorstehenden der hannoverschen Landwirtschaftskammer Herrn von Wahrenholz an die hannoverschen Landwirte, alle verfügbaren Kartoffeln sofort abzuliefern, scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn die Ablieferung dieser Kartoffeln nach den den einzelnen Gemeinden vorgeschriebenen Umständen hat in den letzten Tagen in außerordentlichem Umfange zugenommen. So wird aus einzelnen Gemeinden der Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Osnabrück gemeldet, daß am letzten Freitag und Samstag Rüge bis zu 30 Waggons nach den Großstädten abgegangen sind und die Zufuhren zu den Bahnhöfen an diesen Tagen noch so bedeutend waren, daß die Landwirte mit ihren Waggons auf den Landstraßen oft mehrere Stunden warten mußten, um an den Abnahmestellen ihre Ware los zu werden. Es ist immerhin erfreulich, daß jetzt Mittel und Wege gefunden zu sein scheinen, so wichtige Nahrungsmittel auf schnellstem Wege in die Städte zu bringen, wodurch die Kartoffelnot hoffentlich bald gänzlich behoben wird. In Hannover selbst scheint die Ablieferung der Kartoffeln an die Selbstversorger einer glatten Verlaufs zu nehmen. Aus allen Richtungen kommen jetzt morgens die Bauern mit vollbeladenen Wagen zur Stadt zur Kartoffelablieferung, etwas später allerdings als in den Vorjahren; dies ist auf die durch die nasse Witterung verzögerte Ernte zurückzuführen. Ein eigenartiges Bild gewährt augenblicklich unser Hauptbahnhof, der tagsüber von zahlreichen „Kartoffelzüge“ passiert wird, die namentlich dem Industriegebiet Tausende von Bannern Kartoffeln zuführen.“

3. Ein Aufruf an die Landwirte in Bayern.
In einem Aufrufe, den der Bayerische christliche Bauernverein zur Veröffentlichung bringt und den die beiden Direktoren des Vereins, Dr. Heim und Dr.

Schlittenbau, unterzeichnet haben, wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Kartoffel das Brot der Armen sei; demnach müsse auch die Kartoffelpreispolitik beruht werden. Den Bauern wird dann wie folgt ins Gewissen geredet:

„Wir fordern daher auch Bauern auf, alle Kartoffeln, die im eigenen Haushalte irgendwie entbehrlich sind, zu liefern und nicht zurückzuhalten in der Hoffnung auf höhere Preise. Verlangt jetzt im Monat Oktober, wo der Preis 4 M. beträgt, nicht etwa den Septemberpreis von 4,50 M. Es ist der Preis von 4 M. immerhin noch etwas höher, als der Preis des Kartoffelnotjahres 1911. Diejenigen, die so handeln, und mit der Ware zurückhalten, falls sie diesen Preis nicht bekommen, versündigen sich gegen ihre Nächstenpflicht. Die Nährpflicht ist auch Bauern ebenso eine heilige Pflicht, wie die Wehrpflicht es für jene ist, die draußen an den Fronten den schwersten Gefahren trotzen und dem Tode Stunde für Stunde ins Antlitz schauen, nur um euch, die Daheimgebliebenen, und eure Arbeit im Interesse des ganzen Vaterlandes zu schützen und zu sichern. Haltet auch keine Kartoffeln zurück mit Rücksicht auf den höheren Frühjahrspreis von 5 M. Damit wäre nichts gewonnen, denn der Verlust durch Verderbnis ist bis ins Frühjahr und in den Sommer hinein vielleicht größer als der Preisaufschlag von 1 M. pro Zentner. Zurückhaltung und Spekulation auf höhere Preise wäre unter den gegebenen Verhältnissen ein Verbrechen gegen Volk und Vaterland. Dessen werden sich bayerische Bauern nie schuldig machen.“

4. Einschränkung des Kartoffelverbrauchs.

Ämtlich wird gemeldet:

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Schätzung über den Umfang der Herbstkartoffelernte haben das Reichsamt für Ernährungswesen zu dem Entschluß geführt, tief einschneidende Maßnahmen zu treffen, die auch für den Fall, daß der Ertrag sich endgültig als sehr gering erweisen sollte, die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unter allen Umständen gewährleisten. Es ist daher auf Vorschlag des Reichsamt für Ernährungswesen angeordnet worden, daß die Verbrauchsregelung in allen Kommunalverbänden nach dem Grundsatz zu erfolgen hat, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als eineinhalb Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Im einzelnen hat die Verbrauchsregelung weiter dahingehend zu erfolgen, daß der Kartoffelerzeuger auf den Tag und Kopf bis eineinhalb Pfund Kartoffeln seiner Ernte für sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf, während im übrigen der Tagesbedarf auf höchstens ein Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festzusetzen ist, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis ein Pfund Kartoffeln, insgesamt also bis zwei Pfund Kartoffeln, erhält. Ferner ist das Verfüttern von Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnissen der Kartoffelverwertung ausnahmslos verboten worden, jedoch dürfen Kartoffeln, die als Speisekartoffeln oder als Fabrikartoffeln nicht verwendbar sind, künftig an Schweine und an Federvieh verfüttert werden. Verboten ist das Einsäuern von Kartoffeln und das Vergällen und Vermischen der an die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft abzuliefernden Mengen. Um die rechtzeitige Winterernte mit Kartoffeln zu gewährleisten, ist ferner der Handel und Verkehr mit Saatkartoffeln bis auf weiteres untersagt.

Es darf nicht verkannt werden, daß diese Vorschriften für manchen nichtschwerarbeitenden Verbraucher eine Einschränkung seiner Ernährung bedeuten, daß vornehmlich aber durch die neuen Vorschriften der Landwirt betroffen wird. Es ist aber unbedingt erforderlich, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen und lebendig Vorkehrungen zu treffen, die das Durchhalten mit Kartoffeln bis zur neuen Frühjahreternte unter allen Umständen sichern. Das genaue Ergebnis der Herbstkartoffelernte kann erst durch eine Bestandsaufnahme ermittelt werden. Ergibt diese ein besseres Ergebnis, als jetzt vorsichtigerweise angenommen werden muß, so werden die heute gebotenen Vorschriften gemildert werden können. Bis dahin aber müssen die geschilderten Anordnungen in Kraft bleiben, denn nur durch sie allein wird die Gewähr geboten, daß auch unter den schwierigsten Ernteverhältnissen genügende Mengen Speisekartoffeln vorhanden sind und daß diese Mengen derart verbraucht werden, wie es die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der Heeresverwaltung gebieterisch fordern.

Allgemeine Rundschau.

Ein Gedanktag.

Am 12. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seitdem der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine gegründet wurde. Fünf katholische Arbeitervereine bestanden damals in München. Unter Führung des damaligen Stadtpfarrpredigers Gülg beriefen die fünf Präsidien auf den 12. Oktober 1891 nach München eine Konferenz süddeutscher Arbeitervereins-Präsidenten ein, der insgesamt 27 Herren beizuhören. Die Zahl der katholischen Arbeitervereine in Süddeutschland war damals noch recht dünn. Nach dem Wanger Katholikentag 1848 wurde 1849 in Regensburg der erste katho-

Die Arbeitervereine gegründet, von 1849 bis 1879 entstanden nur fünf weitere Vereine in Bayern. Als der Katholikentag in Amberg 1884 dann so recht das Fundament unserer heutigen katholischen Arbeitervereine gelegt hatte, entstanden von 1885 bis 1890 in Bayern weitere 16, in Württemberg 5 und in Baden 8 Vereine. Alle diese sollten nun auf der Münchener Konferenz in einen Verband zusammengeschlossen werden. Wie sehr das schwierige Werk gelungen ist, weiß man. Geradezu großartig hat sich der Verband entwickelt: man braucht nur einen Blick in das Verzeichnis in München zu werfen, wo sich die Zentrale des Verbandes befindet, um zu erkennen, wie mächtig diese Organisation der katholischen Arbeiter Süddeutschlands erstarkt ist.

In französischer Gefangenschaft.

Der Leiter unserer Ortsgruppe in Schweighausen (Ober-Elsass), Emil Wolfson, wurde, wie wir früher schon berichtet haben, gleich bei Kriegsausbruch von den Franzosen in Gefangenschaft abgeführt. Ueber sein Schicksal berichtete nun kürzlich die elsässische Tagespresse wie folgt: Eine traurige Kriegsgefangenengeschichte wird uns berichtet. Als am 18. August 1914 die Franzosen hierher kamen, bestand ihr erstes Tun darin, den Postbriefkasten einzuschlagen. Sie fanden darin einen an die Geschäftsstelle des christlichen Textilarbeiterverbandes gerichteten Brief des Fabrikarbeiters E. W., in welchem der Wunsch ausgesprochen war, die Franzosen möchten bald wieder auf Rimmerviedersehen aus der Gegend verschwinden. Dieser Wunsch mißfiel natürlich den Franzosen. Sie suchten den Briefschreiber auf und führten ihn nach Frankreich in die Gefangenschaft. W. kam zuerst einige Tage nach Montelimard. Am Abend des 10. September 1914 war er dabei, als die Gefangenen in Marseille bei ihrer Ueberführung vom Bahnhofs nach dem Fort St. Nikolaus von den Marseillern mit Steinen, leeren Flaschen usw. beworfen und mit Messern traktiert wurden. Nach zwei Tagen, welche die Gefangenen in finsternen Kerkern zubringen mußten, kam er auf die Insel If und am 20. September nach Toulon. Anfangs Januar 1915 wurde er mit anderen „Verdächtigen“ nach Collioure und später nach Joffre geführt. Vorige Woche sollte er nun mit anderen Unglücksgefährten in die Heimat verbracht werden. Man kann sich die Freude des armen Mannes denken, als er im Zug der Freiheit entgegenfuhr. Mein: Mit des Schicksals Mächten ist ein ew'ger Bund zu flechten, denn das Unglück schreit schnell. In Lyon erwartete ihn sein Verhängnis in der Gestalt eines Polizeibeamten mit einer bis an die Zähne bewaffneten Soldaten. Wie es sich nach seiner Abfahrt von Joffre herausstellte, war er irrtümlich auf die Austauschliste gestellt worden. Wohl über übel tauchte der Kermesse wieder umkehren in die traurige Kriegsgefangenschaft.

Es ist ein tragisches Geschick, das unsere Kollegen getroffen hat. Hoffentlich schlägt doch auch für ihn bald die ersehnte Befreiungstunde; das wünschen wir unabweislich, als der Kollege Wolfson stets ein eifriger, in unermüdlicher Kleinarbeit tätiger Verbandskollege war.

Seine Verbandskollegin bei der Gewerbeaufsicht.

Wohl den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend, hat sich der Minister für Handel und Gewerbe veranlaßt gesehen,

einem langgehegten Wunsche der organisierten Arbeiterschaft stattzugeben. Es sollen nämlich zum Erfolge der Geschulten, namentlich aber einberufenen Gewerbeaufsichtsbeamten Personen aus dem Arbeiterstande beigezogen werden. Neuestens ist nun auch eine unserer Verbände angehörende Arbeiterin zur Gewerbeaufsicht genommen worden. Es ist unsere langjährige Kollegin Agnes Schmitz aus Nachen, die eine solche ehrenvolle Berufung — vorerst allerdings auf Probezeit — erhalten hat. In dem diesbezüglichen Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe heißt es u. a.:

„Ich habe beschlossen, Sie unter Vorbehalt des Widerstandes probeweise in den Gewerbeaufsichtsdienst einzustellen und Sie zunächst zu Ihrer Ausbildung auf sechs Monate dem Gewerbeinspektor in Rheine (Westf.) zu überweisen. Die nötigen Anweisungen über Ihre dienstlichen Aufgaben wird Ihnen der Regierungs- und Gewerbeinspektor in Münster und der Gewerbeinspektor in Rheine erteilen.“

Zwar wird es für die Kollegin nicht ganz leicht sein, sich in das verantwortungsvolle Amt der Gewerbeinspektion einzuarbeiten. Aber ihre anerkannte Tüchtigkeit und guter Wille werden sie, zusammen mit praktischer Erfahrung im Berufsleben, bald befähigen, den ihr zugewiesenen Posten auszufüllen. Wir rufen der aus Nachen scheidenden Kollegin auch an dieser Stelle ein herzlich „Glückauf“ zu.

Uebergang zur Friedenswirtschaft.

In einem Vortrag, mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich die Beratung über die Uebergangswirtschaft im Handelsausschuß des Reichstags einleitete, schilderte er zunächst die Zerstörung von Milliardenwerten in den Kriegsgebieten des Elsas und Ostpreußens, den Kapitalverlust der Riederei, den Einfluß der Metallbeschlagnahme auf die Anschaffung und Ergänzung von Maschinen und die Minderung in der Verwendung des Kapitals, das weniger für die Volkswirtschaft als für Kriegszwecke arbeitet, woraus sich wieder die Geldanhäufung in Sparbanken und Banken erklärt, die die gewaltigen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen möglich macht. Unser im Ausland arbeitendes Kapital ist durch die Sequestrierung und Liquidierung der ausländischen Anlagen geschädigt, ebenso durch die Entwertung der ausländischen Wertpapiere. Menschliche Arbeit ist zerstückt durch die Todesopfer des Krieges und durch die Verkrüppelung, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei ist auch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für Krieg und Kriegsarbeiten vermandt werden. In diesem Zusammenhang wies der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich mit Rücksicht auf unsere nationale Zukunft so bald als möglich wieder zurückgehen muß.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb hat die Bundesratsverordnung vom August 1916 einen Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft eingesetzt. Seine Hauptaufgabe wird sein die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeitergesetzgebung. Für das Kapital kommt besonders Ausnutzung und Steigerung der Erzeugung und aufrichtigste Sparsamkeit in Betracht, wie sie jetzt schon während des

Krieges gelbt wird, Rückbildung des Kapitals für Lebenszwecke, Kreditbeschaffung für feststehende und bewegliche Anlagen, Kreditverteilung für den städtischen Grundbesitz und für die Riedereien, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeglichenen Handels, Verbesserung der Währung und Klüffigmachung der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalien.

Der Staatssekretär teilt also die ganze Aufgabe der Uebergangswirtschaft in drei Hauptabschnitte: Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung. Vorkünftig hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen wären zu lösen durch Verwaltung, Gesetzgebung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen Kräften; die letztern sind neu zu ordnen. Mitarbeiter sollen aus allen Kreisen der praktischen Berufe auf den Gebieten der Währung, der Riederei, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft zugezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen Beirats mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse zuzuführen soll. Die Durchführung der Beschlüsse liegt natürlich dem Reichskommissar und dem Reichsamt des Innern ob.

Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung: der Hauptzweck des Reichskommissars sei, sich so schnell wie möglich überflüssig zu machen, d. h. seine Arbeit zu beendigen, so schnell es geht.

Aus unserer Industrie.

Vorteile der deutschen Textilindustrie aus dem neuen deutsch-schweizerischen Handelsabkommen.

Am 29. September wurde das Ausfuhrabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterzeichnet. Dadurch wird der bereits ins Stocken geratene Warenverkehr zwischen beiden Ländern wieder auf weiterer Grundlage in Fluß kommen. Jeder Vertragszettel liefert nämlich dem andern diejenigen Güter, die er nicht selbst im eigenen Lande dringend benötigt und an deren Ausfuhr er nicht durch bindende Verpflichtungen verhindert ist. Das Uebereinkommen enthält aber darüber hinaus auch eine speziell für die deutsche Textilindustrie überaus wichtige Bestimmung. In der Schweiz lagern nämlich für viele Millionen Mark Waren, insbesondere Rohstoffe der Textilindustrie, die deutschen Besitzes sind, deren Ausfuhr aus der Schweiz nach Deutschland aber die Entente unter Androhung der Einstellung der Lebensmittelzufuhr, auf welche die Eidgenossenschaft angewiesen ist, untersagt hat.

Diese Rohstoffe der Textilindustrie werden nun während der Dauer des Krieges in der Schweiz verbleiben, die sich verpflichtet hat, sie bei Friedensschluß an Deutschland auszuliefern.

Die Freigabe erfolgt dann ohne jede Gegenleistung, da das Deutsche Reich auf diese Güter im Kompensationswege schon Vorleistungen in der Höhe von 16,5 Millionen Mark erbracht hat, zum großen Teil in Form von Textilwaren, Geweben und Konfektionswaren. Die Alliierten haben aber, wie erwähnt, nicht nur den Export der betreffenden Rohstoffe aus der Schweiz nach Deutschland verboten, sondern auch darüber hinaus sich gegen jeden Rohstoffverehrverkehr der Schweiz mit Deutschland erklärt.

Die „Düsseldorfer Woche“.

Bereits im Jahre 1913 fanden durch eine ganze Woche hindurch in Düsseldorf Vorträge und praktische Vorführungen statt zur Aus- und Fortbildung von jugendpflegerinnen. Den gleichen Zweck verfolgte die diesjährige „Düsseldorfer Woche“. Sie war veranstaltet durch den Ortsausschuß für Jugendpflege in der Stadt Düsseldorf auf Anregung des Bezirksausschusses für Jugendpflege. Vom 25. bis 30. September war Tag für Tag, in insgesamt 20 Vorträgen, eine sehr große Zahl Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Mittersaal der städtischen Tonhalle versammelt. Der große Saal war bei einzelnen Vorträgen sogar überfüllt.

Diese starke Beteiligung erklärt sich einigermaßen bei einem Ueberblick über die Vortragsfolge. Einen sehr lebhaften Untergrund für sämtliche Verhandlungen schuf Herr Rektor Heinen-M. Glöckner mit dem Thema Ziel, Aufgaben und Schwierigkeiten der weiblichen Jugendpflege. Diesen allgemeinen Richtlinien folgte ein sehr fein spezialisierter Vortrag von Fräulein Lehmann A. Heinen-Barmen über „Seelentunde der heranwachsenden Mädchen“. Die rein seelische Seite der Jugendpflege empfing am gleichen Tage noch zwei wertvolle Ergänzungen, einmal durch Herrn Generalsekretär Laepper-Köln-Deutz, der die Frage beantwortete: Wie pflegen wir das religiös-praktische Leben bei der weiblichen Jugend? Daran reihten sich die Ausführungen von Herrn Pastor G. Haffner-Essen-Muhr über „Lebenskunde des Kern der weiblichen Jugendpflege“.

Der folgende Tag war der körperlichen Erziehung gewidmet. Frau Dr. med. A. Müller-Düsseldorf gab eine Anleitung der weiblichen Jugend zur Gesundheitspflege, worauf Oberlehrerin Fräulein B. Hofmann-Düsseldorf über „Körperliche Übungen für Schulmädchen“ sprach. Nachmittags behandelte Lehrerin Fräulein E. Waller-Mühlheim-Muhr die anregende Frage, wie wir wandern sollen?

Der dritte Tag berücksichtigte mehr die familiäre Seite der Jugendpflege. Gewerbelehrerin Fräulein C. Friedemann beschäftigte sich mit der möglichst praktischen Beantwortung der Frage: „Wie weiden und pflegen wir

bei der weiblichen Jugend die Freude an häuslicher Tätigkeit?“ Und über „Gartenbau und Blumenzucht im Dienste der Jugendpflege“ verbreitete sich Herr Garteninspektor Müllers-Kaiserswerth.

Durch zwei weitere Vorträge wurden die beruflichen Interessen berücksichtigt. Zunächst durch das Thema Berufsberatung und Berufswahl für städtische Mädchen, behandelt von Fräulein M. Henrichs-Berlin-Schöneberg, dann durch die Ausführungen von Baronin M. Kerkerint-Rinkens über „Berufsberatung und Berufsausbildung für die weibliche Landjugend“. Außerordentlich wertvoll waren die am gleichen Tage gemachten Ausführungen über das Thema „Wodurch werden wir das Interesse für soziale und karitative Betätigung?“ Fräulein A. Harnen-Barmen fand dafür wirklich von Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte.

Der vorletzte Vormittag umschloß drei im Wesentlichen grundverschiedene, in ihrem Zielstreben jedoch einheitlich der Jugend dienliche Vorträge. Freim von Havel-Kammungen aus Meiningen sprach über „Die weibliche Jugendpflege auf dem Lande“. Aus einem reichen Erfahrungsschatz behandelte Pfarrer Dr. E. Kruchen-Köln-Ghrenfeld die „Art und Weise des Unterrichtes in der Fortbildungsschule“. Fräulein A. Sante-Hildesheim dagegen verbreitete sich über die „Ueberleitung der Arbeit der heranwachsenden Mädchen aus der Kriegs- in die Friedenszeit“.

Die beiden letzten Vorträge wiesen darauf hin, daß in der Jugendpflege die Krone des Ganzen in der Auslösung derjenigen sittlichen Kräfte liegen müsse, die für das Wohl der einzelnen Jugendlichen, sowie auch für das Wohl von Familie und Staat grundlegend seien. Stadt-Fortbildungsschullehrerin Fräulein R. Vollmar-Charlottenburg besprach die Erziehung zu Familiensinn, Vaterlandsliebe und den Bürgertugenden. Herr Religionslehrer Rickard-Düsseldorf bot tiefempfundene Worte voll hingebender Begeisterung über „die sittliche Reinheit der Jugend, die Kraft und Hoffnung des Vaterlandes“.

Außer dieser zweckmäßig und fein aufgearbeiteten Vortragsfolge bot die Düsseldorfer Woche den 2800 Teilnehmern und Teilnehmerinnen noch verschiedene Veranstaltungen. An den fünf ersten Tagen waren je eineinhalb Stunden für praktische Übungen angelegt, die in einer Turnhalle

abgehalten wurden. Die Übungen erstreckten sich auf die Leitung von Volks- und Jugendpielen, auch Einübung von Volkstänzen. Zur Beschäftigung der königlichen Handels- und Gewerbelehre für Mädchen in Rheine fand sich eine stattliche Teilnehmerzahl zusammen. Dort selbst hielt Gewerbelehrerin Fräulein A. Walther-Rheine einen Vortrag über „die Erziehung der weiblichen Jugend zur Freude an Schönen und zum guten Geschmack“. Im Mittersaal der Tonhalle Düsseldorf fanden außerdem zwei Abendveranstaltungen statt, von einheimischen Jugendpflegerinnen und Jugendlichen in's Werk gesetzt. Zunächst ein Märchenabend, zu dem ein einleitender Vortrag gegeben wurde durch Herrn Rektor Haunel-Kath-Düsseldorf über „die Kunst im Heim“, dann noch ein Abend, betitelt „Lied und Tanz“, zu dessen Einführung Mittelschullehrerin Fräulein M. Russell über „Zwei Jahre Vereinstätigkeit“ berichtete.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß verschiedene Jugendvereine Düsseldorfs im Gartencafé der Tonhalle eine außerordentlich interessante Ausstellung weiblicher Handarbeiten eingerichtet hatten. Außerdem war eine Ausstellung von Lehr- und Lernbücher, Zeitschriften — für Jugendpflegerinnen sowohl als auch Jugendliche — von optischen Instrumenten, Turn- und Spielgeräten und Zimmervorhängen vorgesehen.

Alles in Allem darf die „Düsseldorfer Woche“ als eine sehr zeitgemäße Veranstaltung bezeichnet werden. Das ist auch von staatlicher und städtischer Seite hervorzuheben worden, namentlich durch die, von wirklich großem Verständnis und von viel Liebe für die Jugend zeugenden Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten der Rheinprovinz. Unzweifelhaft sind durch die ausgezeichneten Darbietungen auch viele Herzen gewonnen worden für das zwar nicht leichte, aber dafür segensbringende und beglückende Amt einer Jugendpflegerin und eines Jugendpflegers. So darf die Hoffnung gehegt werden, daß die Früchte dieser herrlich verlaufenen Düsseldorfer Woche einer recht großen Anzahl von weiblichen Jugendlichen zuteil werden — den Mätern des zukünftigen Deutschlands.

Können diese für deutsche Rechnung in der Schweiz lagernden Rohmaterialien nun auch nicht während des Krieges in das Deutsche Reich gelangen, so bilden sie doch eine beachtenswerte Reserve, die der deutschen Textilindustrie bald nach Friedensschluß für den dringendsten Bedarf zur Verfügung stehen wird, wodurch wenigstens teilweise für die Uebergangszeit den Betrieben Beschäftigung gesichert ist, die bis zum Eintreffen der überseeischen Sendungen bei der unmittelbar nach Kriegsende zu erwartenden regen Nachfrage sonst wohl längere Zeit hätte stillliegen müssen.

Die englische Textilindustrie lernt um.

Aus Manchester kommt die hochbedeutende Mitteilung, daß die überwiegende Mehrheit der englischen Spinnereien in Uebereinstimmung mit den Maschinenfabrikanten beschloßen habe, nach dem Kriege das metrische Garnmaß zur Einführung zu bringen. Es ist bekannt, welchen Widerstand allein die englische Textilindustrie den Bestrebungen aller europäischen Industrieländer für das metrische System bisher entgegengesetzt hat. Durch Beschlüsse der deutschen und österreichischen Textilindustriellen, ohne Rücksicht auf England für alle Geplante das Metermaß zur Anwendung zu bringen, dürften die englischen Entschloßungen nicht unbeeinträchtigt geblieben sein.

Die Seidenausfuhrverbote Frankreichs und Italiens.

Dem Vorgehen Frankreichs, welches die Ausfuhr aller Rohseiden und Seidengewebe verbietet, wird wider Erwarten Italien folgen und zwar, wie aus Mailand berichtet wird, nach heftigen Kämpfen zwischen den Interessengruppen in Como und der italienischen Regierung, sowie hauptsächlich auf den Druck der französischen Regierung hin, welche diese Maßnahme als unbedingte Folge der Pariser Konferenz fordert. Allerdings wird das italienische Ausfuhrverbot ein beschränktes sein und nur einfache Gengen und Seidenabfälle umfassen. Das Verbot der französischen Regierung geht von der Ansicht aus, daß die neutralen Länder die Rohstoffe wieder nach Deutschland verkaufen, wo sie als Ersatz für Wolle oder aber zu Pulverfäden Verwendung finden. Ausgenommen von dem italienischen Ausfuhrverbot sollen Amerika und die verbündeten Länder sein. Auch bezüglich der Schweiz werden gewisse Ausnahmen zugelassen werden. Welchen Einfluß das neueste Vorgehen Frankreichs und Italiens auf den Seidenhandel im allgemeinen und auf die Preise für seidene und halbseidene Waren im besonderen ausüben wird, kann man im Augenblick noch nicht beurteilen.

Die Aussichten der europäischen Textilmaschinen-Industrie nach dem Kriege.

Die Aussichten für die europäische Textilmaschinen-Industrie nach dem Kriege werden sowohl von amerikanischen wie von englischen Sachverständigen als sehr günstige bezeichnet. Man erwartet in diesen Kreisen, daß die in Betracht kommenden Betriebe kaum in der Lage sein werden, allen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, da der Bedarf, ausgenommen die südamerikanische und vielleicht auch die amerikanische Textilindustrie, während des Krieges außerordentlich eingeschränkt worden ist, besonders aber da die Textilfabriken in Europa während der letzten zwei Jahre Neuanstellungen in Maschinen kaum gemacht haben. Wenn man sich auch nicht vorhält, daß die finanzielle Lage der europäischen Staaten nach dem Kriege eine sehr schwierige sein wird, so sieht es doch ohne Zweifel, daß in Frankreich und Belgien, nicht minder auch in Polen, in der Friedenszeit die Textilfabriken gezwungen sein werden, große Bestellungen in Textilmaschinen zu erteilen. Ob sich die Erwartungen der englischen Textilmaschinen-Fabriken von Vantshire erfüllen werden, daß in der Hauptsache die neuen Aufträge zugehen werden, muß abgewartet werden. Immerhin ist es beachtenswert, daß eine der größten englischen Textilmaschinen-Fabriken Volten bereits in diesem Jahr, obwohl sie in der Hauptsache mit der Herstellung von Munition beschäftigt ist, eine wesentlich erhöhte Dividende zu verteilen ist der Lage ist. Eben dieselbe Firma soll sich bereits darauf vorbereiten, sofort nach Beendigung des Krieges ihre Betriebe um das Vierfache zu vergrößern, da sie meint, daß ein außerordentlicher Bedarf für ihre Erzeugnisse eintreten wird. Diese Tatsache dürfte auch für die außerenglischen Textilmaschinen-Fabriken eine Mahnung sein, auch ihrerseits nichts zu unterlassen, um der Kauflust, die sich nach dem Kriege unweigerlich umgeben wird, genügen zu können. In Deutschland sind ja bereits einige Textilmaschinen-Fabriken, so die Saalfische Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann in Chemnitz, in diesem Sinne vorangegangen. Es ist früher schon berichtet worden, daß die letztere Firma große Gelände erworben hat, um mit dem Bau von Fabriken für die Herstellung von Textilmaschinen sobald zu beginnen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mülhausen i. Elz. Nach längerer Zeit tagte wieder eine Mitglieder-Versammlung, in der den Mitgliedern die neueren Beschlüsse des Zentralvorstandes bezüglich der Kriegswirtschaftsunterstützung bekannt gegeben wurden. Der vorbereitenden und gefallenen Kollegen wurde in ehrender Weise gedacht. Besonders wurde auch erwähnt, welche herber Verlust unser Verband durch den Heldentod unseres Verbandsratskollegen **Seitzmann** erlitten hat. Kollege **Wilger** gab dann einen eingehenden Bericht über die Gründe, die zu dem fraglichen

Beschlüssen unseres Verbandes führen mußten. Die Versammlung war von der Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen überzeugt und wird man nun allenthalben opferfreudig für das Weiterbestehen unserer Verbandsbewegung eintreten, die doch noch gewissermaßen gerade während der Kriegsdauer am heftigsten die zuverlässigste Stütze der Arbeiterinteressen bildet.

Zum Schluß wurde die Versammlungsleitung beauftragt, unserem in der russischen Front kämpfenden Lokalbeamten, dem Kollegen **Simons**, die besten Grüße zu übermitteln.

Rhebe (Westf.). Eine gemeinsame Versammlung hielt am 15. Oktober unsere Ortsgruppe und der hiesige kath. Arbeiterverein ab, in welcher neben einem Vortrag über „das Interesse der Arbeiter an einem siegreichen Ausgang des Krieges“ auch die Erwerbslosenfürsorge besprochen wurde. Den genannten Vortrag hielt unser Bezirksleiter Kollege **Otte** aus Bocholt. Redner führte u. a. aus, daß es in diesem Kriege vor allen Dingen darauf ankomme, dem deutschen Wirtschaftsleben, der Industrie und dem Handel eine freie Bahn und eine möglichst gute Zukunft zu sichern. Weil England seine seit Jahrhunderten vorterritorische See- und Weltbeherrschung bedroht sah, führt es einen unerbittlichen Kampf, in den es andere Völker durch Gewalt und Geld mit hinein zerrt, gegen Deutschlands Fleiß und Aufstieg. Für die Arbeiterschaft steht in diesem Kriege alles auf dem Spiele. Werden unsere Industrie und der Handel nach dem Willen Englands und seiner Trabanten lahmgelegt, bedeutet das schlechten Verdienst, Arbeitslosigkeit, Elend und Not und Stillstand, wenn nicht gar Rückgang auf dem Gebiete der Sozialreform und des gesunden Fortschritts. Es kann somit für die Arbeiter nur einen Willen geben, nämlich: Sieg — und Durchhalten bis zum Siege! Besser jetzt einige Zeit Not und Entbehrungen leiden, als durch Kleinmütigkeit Verzagen und einen ungünstigen Ausgang des Krieges dauernd ein armes Volk werden. — Mit diesem Willen zum Aushalten verbindet die Arbeiterschaft die Erwartung, daß auch alles geschieht, um die Möglichkeit des Aushaltens zu erleichtern. Redner hepricht in dem Zusammenhang einige Lebensmittelfragen und kommt unter Beifall zu dem Schluß, daß es trotz aller Schwierigkeiten, nach Lage der Dinge keine andere Lösung geben könne, als im Glauben an die gerechte Sache Deutschlands und an einen endgültigen Sieg und eine bessere Zukunft, mit Mut und Vertrauen den gegenwärtigen, beschwerlichen Weg zu Ende zu gehen.

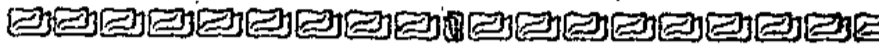
Die Erörterung über die Erwerbslosenfürsorge zeitigte Uebereinstimmung mit dem jetzt mehr betonten Grundged, alle nur irgendwie verfügbaren und arbeitsfähigen Arbeitskräfte der Textilindustrie anderweitig zu verwenden. Notwendig ist dabei aber, daß die Lohnfrage geregelt wird. Die Unterstützung für Erwerbslose und Erwerbsbeschränkte ist so zu gestalten, daß sie einerseits zur Erziehung ausreicht und andererseits den anderweitig Beschäftigten und arbeitenden Textilarbeitern einen besonderen Vorzug gewährleistet. Man erlante an, daß das Amt Rhebe in der Fürsorge möglichst weitherzig vorgegangen sei. Einige Wünsche, welche besonders mit Rücksicht auf den bevorstehenden Winter berechtigt erscheinen, sollen dem Amt durch die Vorstände unserer Ortsgruppe und des kath. Arbeitervereins unterbreitet werden.

Der Vorsitzende der Versammlung, Kollege **Hovestadt**, schloß hierauf die Versammlung mit einem ermunternden Schlußwort und einem Hoch auf Heer und Vaterland.

Schnau. Einen Vortrag über Kriegsverletztenfürsorge mit Lichtbildervorführungen hörten wir am 8. Oktober. Der Besuch war äußerst stark, kein Plätzchen des Bierwänschales blieb unbelegt. Herr Bürgermeister **Bogel** begrüßte die Anwesenden und gab seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck, es beweise, daß die hiesige Einwohnerschaft auch für die Frage der Kriegsverletztenfürsorge reges Interesse bekunde. Die Mitteilung über das großartige Ergebnis der Zeichnungen auf die 5. Kriegsanleihe im Reich und auch das glänzende Resultat in hiesiger Stadt, das wir schon in letzter Nummer unserer werten Zeitschrift zur Kenntnis brachten, rief allseitige Freude hervor. Ein von unserm Kollegen, Gewerkschaftssekretär **Buchner-Wrath**, unter vortrefflicher Klavierbegleitung des Fräulein **Joefine** nach von hier gesungene stimmungsvolle Lied erfreute allgemein. In längerer Ausführung behandelte nun Kollege **Buchner** das überaus wichtige Thema der „Kriegsverletztenfürsorge“. Unter tätiger Mithilfe der Staats- und Gemeindebehörden, der Geistlichkeit und der Arbeiterorganisationen wird und muß es gelingen, aus unseren tapferen verbliebenen Kriegern wieder nützliche Glieder des Volksganges zu machen, aber auch die Angehörigen der Kriegsverletzten müssen ihr Möglichstes dazu beitragen, bei diesen die Lebensfreude und Schaffenslust wieder zu wecken, damit sie sich wieder als vollgiltige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft fühlen. Der Herr Redner hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, in demselben sind Lehrwerkstätten der verschiedensten Handwerkerberufe untergebracht. In einer Reihe von Lichtbildern wurde den Zuhörern vor Augen geführt, wie in dem Reservelazarett Eittingen die Kriegsverletzten mit künstlichen Gliedmaßen versehen werden, die Herstellung dieser Gliedmaßen wird zum größten Teil in diesem Lazarett bezw. in den Werkstätten selbst in künstlerischer Form bewerkstelligt, in anderen Bildern wurden Arbeiten von Kriegsverletzten Soldaten gezeigt, die mit geradezu bewundernswürdiger Geschicklichkeit ausgeführt sind. Es wird durch diese Bilder der Beweis erbracht, daß es den Kriegsverletzten in Zukunft möglich sein wird, durch Umlernung oder Umlernung eines Berufs ihr Brot für sich und die Ihren selbst zu verdienen. Als letztes Bild wurde der Besuch unseres verehrten Großherzogpaars im Reservelazarett Eittingen gezeigt, ein Hoch auf unser erlauchtes Herrscherpaar schloß die gut ausgeführte Bilderreihe. Eine Zusammenkunft hatte ein erfreuliches Ergebnis, das hiesigen bedürftigen Kriegsfamilien zu Gute kommen soll, Herr Bürgermeister **Bogel** dankte den Göttern und gleichzeitig auch dem Kollegen **Buchner** für die im Rahmen der Anwesenheit für das Gebotene. Allen denen, die zum Gelingen dieses vaterländischen Abends beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. Herr Bürgermeister **Bogel** teilte zum Schluß noch mit, daß in nächster Zeit Herr Bürgermeister **Dr. Gugelmeier** Vortrag hier einen Vortrag über seine Reise nach Ostpreußen und über den dortigen Aufstand halten wird, auch jetzt schon sei zu diesem Anlaß zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Lobman. Die Erwerbslosenfürsorge behandelte die von unserm Verband auf den 9. Oktober einberufene öffentliche Versammlung. Als Referent erschien Gewerkschaftssekretär Kollege **Buchner** von **Börsch**. In der Begrüßung drückte er seine Freude aus über den zahlreichen Besuch von Seiten der Mitgliedschaft. In klaren Worten gab er einen Rückblick auf die bisherigen Leistungen, namentlich auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge; in letzterem Punkte wurden auch die Tätigkeiten bekannt gegeben. Dieselben weisen eine beträchtliche Mehrleistung auf. **H. W.** ist der alte Satz für eine Kriegszeit mit 1 bis 5 Jahren von 12,25 bis 23,25 Mark. Der neue Satz dagegen ist mit 15,73 bis 30,65 Mark. Alleinlebende Personen unter 18 Jahren in 58 Stunden alter Satz 7 Mark, neuer

Satz 8,20 Mark. Ueber 18 Jahren mit 58 Stunden alter Satz 10,50 Mark, neuer 12,25 Mark. Mann und Frau in der Fabrik mit 1—5 Kindern erhielten nach alter Regel von 22,1 bis 46,30 Mark, nach neuem Satz 26,17 bis 55 Mark, als eine Mehrleistung von 4,07 bis 8,79 Mark bei einem Negeise von 23,20 bis 46,30 Mark. Kinder zu einer Haushaltung gehörig über 21 Jahren erhalten 17 Btg. pro Stunde, pro Tag 1,70 Mark. Mehrzuschuß 1,75 Mark pro Woche. Mehrzuschuß für alleinlebende Personen bis 18 Jahre 1,20 Mark, über 18 Jahre 2,40 Mark pro Woche bis zu 4 Köpfen, über 4 Köpfe 3,40 Mark pro Woche usw. Im Laufe der Versammlung erfolgten die Wahlen des Vorstandes, wobei die geeignete Personen aus der Wahl kamen und dieselbe annahmen. Für die Gewählten findet noch eine engere Versammlung statt. Nach verschiedenen geschäftlichen und sachlichen Erörterungen durch den Referenten und nebst einem Appell an die noch da Organisation Fernstehenden, wurde zum Schluß des Vortrages geschritten. Der Redner erntete reichen Beifall. Anfragen sowie Wünsche erteilt das Sekretariat jederzeit gerne und kostenlos den Mitgliedern. In Wäbe soll ein Lichtbilderabend stattfinden, was einen hübschen Genuß in Aussicht stellt. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.




Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:
Martin Afermann aus **M.-Gladbach-Waldhausen**
Franz Wolff aus **Gronau**;
Josef Namjoie aus **Sergentath**.
Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unserer herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.



Ehren-Tafel.




Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Martin Couson aus **M.-Gladbach**.
Matthias Judenhock aus **Fischein**.
Andreas Krücken aus **Hardt**.
Heinrich Nabbefeld aus **Wörden**.
Otto Zapp aus **Blombacherbach**.
Anton Netzer aus **M.-Gladbach**.
Franz Nix aus **Dornbusch**.
Matthias Spicker aus **Friedberg**.
Albert Straubmeier aus **Friedberg**.
Josef Boschech aus **Viersen**.
Richard Schmitz aus **Lobberich**.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser innigstes Beileid.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:
Johann Stappen aus **Süchteln**.
Johann Waders aus **M.-Gladbach**.
Matthias Kox aus **Dornbusch**.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Bocholt. 29. Oktober und 5. November, Abrechnung der Vertrauensleute von 10 bis 12 Uhr auf dem Büro.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Kartoffelfrage im Reichstag. — **Feuilleton:** Die „Düsseldorfer Woche“. — **Allgemeine Nachrichten:** In französischer Gefangenschaft. — Eine Verbandskollegin bei der Gewerbeausstellung. — Uebergang zur Friedenswirtschaft. — **Aus unserer Industrie:** Vorteile der deutschen Textilindustrie aus dem neuen deutsch-schweizerischen Handelsabkommen. — Die englische Textilindustrie lernt um. — Die Seidenausfuhrverbote Frankreichs und Italiens. — Die Aussichten der europäischen Textilmaschinenindustrie nach dem Kriege. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Berichte aus den Ortsgruppen: Mülhausen i. Elz. — Rhebe i. W. — Schnau. — Lobman. — Das Eiserne Kreuz. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: **J. B. Franz Fischer**, Düsseldorf, Postfachstraße Nr. 7.